

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindenerstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts
Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszelt 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindenerstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2306-2307

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Hilfe für Georgien!

Jordania an die Sowjetregierung.

Das kleine Georgien, in dem sich das Volk spontan gegen seine russischen Unterdrücker erhoben hat, ist gegenwärtig der Schauplatz fürchterlicher Meutereien und Racheakte der kommunistischen Gewalttäter. Selbst die offizielle russische Telegraphen-Agentur teilt mit, daß 24 angebliche Organisatoren des georgischen Aufstandes, darunter Mitglieder des Zentralkomitees und des Auslandsbüros der Menschewisten, zum Tode verurteilt und hingerichtet worden sind.

Der kommunistische Hinweis, daß man „Aufständern“ gegenüber keine Gnade und kein Mitleid kennen dürfe, erledigt sich dadurch, daß es die Sowjetregierung ist, die vor mehr als drei Jahren die von einer sozialistischen Regierung verwaltete demokratische Republik Georgien mit Waffengewalt überrannt und durch ihre brutale Gewalt Herrschaft über das georgische Volk nun zum Aufstand gegen seine russischen Bedrücker getrieben hat.

Im Jahre 1921 eroberten Ihre Truppen, unter Mithaftung des zwischen uns geschlossenen Vertrages, nach fünfwöchigem Kampf

das von Ihnen selbst als unabhängig anerkannte Georgien. Seitdem erträgt das georgische Volk unerhörte und in seiner Geschichte ungekannte Verfolgungen. Jetzt kämpft es, zur Verzweiflung getrieben, gegen Ihre Macht. Georgien kämpft nicht für die Einrichtung irgendeiner Verwaltungsform, sondern für sein Recht auf Selbstbestimmung und für Wiederherstellung seiner Unabhängigkeit.

Ich erkläre gleichzeitig, daß wir bereit sind, Ergänzungsverträge zu schließen, die Ihre ökonomischen und handelsinteressen sichern.

Gleichzeitig hat sich Genosse Jordania an MacDonald und Hertiot sowie an die sozialistischen Delegierten auf der Genfer Tagung des Völkerbundes mit der dringenden Bitte gewandt, der Moskauer Regierung vorzuschlagen, das Blutvergießen in Georgien einzustellen und den russisch-georgischen Konflikt durch internationalen Schiedspruch zu regeln.

Die Erzberger-Mörder.

Werden sie ausgeliefert werden oder nicht?

Die ungarische Nationalversammlung hat ihre Sommerferien unterbrochen, um einige dringende Angelegenheiten zu beraten. Auf der Tagesordnung steht auch eine sozialdemokratische Interpellation über die Verhaftung bzw. die neuerliche Flucht der Erzberger-Mörder.

In Deutschland hat die ganze Affäre weniger Staub aufgewirbelt. Der deutsche Botschafter in Budapest hat im Auftrage seiner Regierung formell um die Auslieferung des verhafteten Deutschen nachgesucht, und dieser Schritt sowie die weitere Verfolgung der Angelegenheit durch das auswärtige Amt werden hoffentlich dazu angetan sein, ein für allemal die in ungarischen Kreisen im Umlauf gewesenen Gerüchte zum Vertommen zu bringen.

Solange die Frage der Auslieferung Gegenstand von Verhandlungen zwischen den beiden beteiligten Regierungen ist, sollten u. E. juristische Auseinandersetzungen über das strittige Problem vor der breiten Öffentlichkeit möglichst vermieden werden. Kein prinzipiell aber ist zu der Angelegenheit folgendes zu bemerken: Das Asylrecht für politische Verbrecher muß unbedingt gewahrt werden.

Die ungarische Regierung beruft sich nämlich bei ihrer Ablehnung der deutschen Auslieferungsforderung auf Präzedenzfälle, bei denen von Deutschland politische Verbrecher nicht an Ungarn ausgeliefert wurden.

Die ungarische Regierung beruft sich nämlich bei ihrer Ablehnung der deutschen Auslieferungsforderung auf Präzedenzfälle, bei denen von Deutschland politische Verbrecher nicht an Ungarn ausgeliefert wurden. Es handelt sich um die Fälle der Tisza-Attentäter Lelai-Weimer und Czerngal, die vorübergehend in Deutschland verhaftet waren.

In sachlicher Hinsicht liegt bei Lelai-Weimer nicht Mord, sondern Mordversuch vor. Der Genannte hat im Oktober 1918, wenige Tage vor Ausbruch der Revolution, mehrere Revolverkugeln auf den früheren ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Stephan Tisza abgefeuert, die sämtlich fehlgingen.

Abmarsch aus Dortmund.

Essen, 11. September. (WZB.) Gemäß einem Befehl des kommandierenden Generals des 32. Armeekorps soll die dritte französische Division, die den Dortmunder Bezirk belegt hat, aus der Besatzungszone herausgezogen werden.

Die Amnestie.

Die ersten politischen Gefangenen entlassen.

Dortmund, 11. September. (WZB.) Auf Grund der Verfügung des kommandierenden Generals der Rheinarmee sind gestern die ersten politischen Gefangenen entlassen worden.

Essen, 11. September. (WZB.) In Ausführung der Londoner Vereinbarungen ist auch in Essen gestern mit der Freilassung der politischen Gefangenen begonnen worden.

Zweihundert, 11. September. (WZB.) Die ersten politischen Gefangenen sind gestern aus dem hiesigen Gefängnis entlassen worden und in ihre Heimat — zumeist nach dem Rhein- und Ruhrgebiet — zurückgeführt.

Der Ertrag der Ruhrbesetzung.

Paris, 10. September. (WZB.) Das Auswärtige Amt veröffentlicht in Beantwortung einer Anfrage eines Parlamentariers eine Statistik über Einnahmen und Ausgaben im Ruhrgebiet während der Zeit vom 11. Januar 1923 bis 30. Juni 1924.

Table with 2 columns: Category and Amount. Includes items like 'Franko-belgische Bargeleinnahmen' (1 588 100 000 Fr.) and 'Gesamteinahmen betragen' (1 936 500 000 Fr.).

Zahlung der zweiten Reparationsrate.

Wie die Telegraphenunion erfährt, wird die laut dem Londoner Protokoll fällige zweite Reparationsrate von 20 Millionen Goldmark nach im Laufe des heutigen Tages an der Agenten für Reparationszahlungen abgeführt werden.

Auch sind heute die ersten Zahlungen der französischen und belgischen Regierung an die Reparationskasse fällig, die sich aus den Ruhereinnahmen ergeben.

Deutschlands Eintritt in den Völkerbund.

Die Entscheidung hängt von Berlin ab.

Paris, 11. September. (WZB.) Der sozialistische Abgeordnete Grumbach beschloß sich in einem längeren Genfer Artikel mit den Bedingungen, unter denen Deutschland in den Völkerbund eintreten könnte. Es steht fest, daß die Wünsche zugunsten einer Zulassung Deutschlands in Genf Fortschritte gemacht hätten, und die Erklärung des französischen Delegierten Paul Boncour im dritten Ausschuss, in der es heißt, daß auch Frankreich es für notwendig erachte, daß alle Völker einschließlich Deutschlands dem Völkerbunde angehörten, habe dazu geführt, daß französischerseits dem demnächstigen Eintritt Deutschlands keine Hindernisse entgegengestellt würden.

Man sieht verschiedene Lösungen ins Auge, schreibt Grumbach, durch welche die Zulassung Deutschlands in einer kürzeren Frist, als man bisher annahm, gestattet wird. Grumbach meint aber, daß natürlich letzten Endes alles von der Berliner Regierung abhängen werde.

Gegen die Bürgerblockdiplomatie!

Breslau, 10. September. (Eigener Drahtbericht.) In einer sehr stark besuchten öffentlichen Versammlung, in der Genosse Crispian referierte, wurde folgende Resolution angenommen:

Nach fünf Jahren ist es gelungen, in London eine Verständigung über den Wiederaufbau herbeizuführen. Die Hoffnungen des deutschen Volkes, endlich in friedlicher Entwicklung zu menschenwürdigen Zuständen zu kommen, werden mehr und mehr von ersten Besorgnissen verdrängt. Kaum begonnen, wird die Verständigung durch die deutsche Regierung bedroht, indem sie ebenso unzeitgemäß wie plump die Kriegsschuldfrage zur internationalen Debatte stellen will.

zunehmen geneigt ist. Wir haben hier den typischen Schulfall für den Unterschied zwischen einem rein politischen Verbrechen und einer kriminellen Tat mit politischem Einschlag. Im Falle Erzberger sehen wir zwei mit Vorbedacht handelnde Individuen, die — von einer hinter ihr stehenden Organisation beauftragt und unterstützt — nach sorgfältig vorbereitem Plan in einer Zeit politischer Ruhe einen inaktiven Politiker meuchlings niederknallen. Ganz anders liegt der Tatbestand im Falle Tisza; Der gewalttätige Tod dieses Staatsmannes erfolgt am Tage des Ausbruches der ungarischen Oktoberrevolution. Das ganze Land befindet sich in Gärung, in Budapest herrscht fieberhafte Erregung. In die einmütige Begeisterung fast aller Bevölkerungskreise mengen sich — bei dem rasch entzündlichen Temperament der Ungarn leicht begreiflich — immer mehr Leute, die Abrechnung mit den Mächten der Vergangenheit, mit den Kriegsverlängerern und Volksbedrückern verlangen. Der Mensch, dessen Person die Verkörperung der Feudalherrschaft ist, der Staatsmann, der bis in die letzten Tage hinein jeder freiheitlichen Forderung des Volkes unbeugsam Widerstand entgegengesetzt hat, der Gewaltpolitiker, der allgemein — ob mit Recht oder Unrecht, ist hier nebenfächlich — als Hauptschuldiger am Weltkriege galt, der willensstarke Kämpfer, dessen Anwesenheit allein schon eine Gefahr für die Freiheitsbewegung ist — Graf Stephan Tisza befindet sich in seiner Villa an der Peripherie der Hauptstadt. Ein meuternder Soldatenhaufe dringt dort ein. Der Graf tritt ihm mit der Pistole in der Faust entgegen. Zwei Weiten stehen sich gegenüber. Im Rahmen historischen Geschehens spielt sich eine dramatische Szene ab. Während draußen die Sache des Volkes triumphiert, kommt hier drinnen im Saal die gewaltigste Säule der Massenherrschaft zu Fall. Der Vorkämpfer der Soldaten schleudert, vor Erregung stammelmend, dem Grafen das ganze Gland, die ganze Erbitterung des Kriegsteilnehmers ins Gesicht: „Vier Jahre Schützengraben, meine Kameraden tot, meine Gesundheit zum Teufel, meine Kinder in der Heimat verhungert, mein Weib untreu geworden, meine Existenz vernichtet, mein Leben verpfuscht! Und zum Schluss aus aller Munde die schicksalsschwere Frage: „Wer ist schuld daran?“ Darauf der Graf unbewegt: „Ich weiß es nicht, mein Sohn — ich nicht.“ In größter Erregung heben die Soldaten ihre Flintenläufe. Tisza legt sich zur Wehr — zu spät. Als er stehend am Boden liegt, sind seine letzten Worte: „So mußte es kommen.“

Er hatte Recht. In dem Moment, wo das Volk siegte, mußte der gewaltigste Gegner des Volkes entweder weichen oder fallen. Damit soll selbstverständlich keine Entschuldigung der unfeigen Tat versucht werden, die den reinen Schind der ungarischen Revolution mit Blut befudelte und von niemandem mehr verurteilt wurde als von den neuen Nachhabern. Aber es muß einleuchten, daß es grundsätzlich etwas anderes ist, ob ein Damm, der Jahrzehnte lang sich dem Strome der Entwicklung entgegengestellt hat, im entseffelten Wirbel hinweggespült wird oder aber ob ein Baum, dessen Wurzeln in dem Boden des Volkervertrauens ruhen, von heimtückischen Schädlingen gefressen wird. Ein politischer Mord kann historisches Geschehen, er kann auch sinnlose Rissetat sein. Der Erzberger-Mord war das letztere, weil er in kalter Berechnung ausgeführt wurde von besoldeten Handlangern einer im geheimen wirkenden Kamarilla und sich richtete gegen einen Mann, der in Momente der Tat gar keine politische Funktion bekleidete. Der Tisza-Mord dagegen war ein rein politisches Verbrechen, weil unbekannter Repräsentant des Volkes, ohne Auftraggeber und ganz spontan handelnd, in ihrer revolutionären Ekstase das taten, was ihren unklaren Gedanken als das Gebot der von gewaltigem geschichtlichen Ereignis erfüllten Stunde erschien.

Wir zweifeln nicht daran, daß alle diese Argumente auf die ungarische Regierung ohne Eindruck bleiben werden. Aber es ist notwendig, daß von deutscher Seite die ungarische Gegenforderung nach Auslieferung in Deutschland befindlicher politischer Verbrecher auf das entschiedenste zurückgewiesen wird.

Kindliche Einfalt.

Die Weisheiten der Bürgerblockdiplomatie

Die deutschnationale Presse, die in der letzten Zeit viel zu leiden hat unter den Folgen des „Frevels“ vom 29. August, um mit Herrn Maurenbrecher zu reden, hat wenigstens eine Freude erfahren. Herr Stresemann hat eine höfliche Verbeugung vor ihnen gemacht und hat ihre unverantwortliche Haltung in der Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund akzeptiert. Zugleich die fadenscheinigen Argumente der Deutschnationalen. Die deutschnationale Presse ist darauf sehr stolz und glaubt nun die Zeiten der Bürgerblockpolitik schon angebrochen. Die „Deutsche Tageszeitung“ des Umfassungsmännchens Paul Baedeker, die es nötig hat, schreibt zu den Ausführungen der „Zeit“:

„Wenn diese Erklärungen einen Sinn haben sollen, so wird man sie als definitive Abschüttelung jener ausdringlichen Gesellschaft, die Deutschland zu einem bedingungslosen Eintritt in den Völkerbund veranlassen will, auffassen müssen.“

Ueber seine Haltung wird Herr Stresemann Rede und Antwort stehen müssen, um so mehr, als die Reichspresse merken läßt, auf welchen weisen politischen Gedanken sie ihre Außenpolitik aufbauen will. Sie möchte Macdonald gegen Herriot, England gegen Frankreich ausspielen, möchte eine Politik des teils und herrsche einleiten — ohne ernsthaft zu bedenken, wie lächerlich falsch der die Lage Deutschlands, die gegenseitige Lage Englands und Frankreichs, und vor allem die Persönlichkeiten von Macdonald und Herriot einschätzt, der ernsthaft eine solche Politik für möglich hält. Soll um der kindlichen Einfalt solcher Politiker, die sich wie blutige Dilettanten benehmen, oder die aus Berechnung sich so geben, die sich anbahnende Verständigung erneut zerstört werden?

Mehr Selbstvertrauen!

Löbes Antwort an Stresemann.

Breslau, den 11. September. (Eigener Drahtbericht.) In der „Breslauer Volkswacht“ richtet heute Genosse Paul Löbe eine erneute Aufforderung an den Reichsaußenminister Dr. Stresemann wegen Eintritts Deutschlands in den Völkerbund. Er erklärt es für einen unwürdigen Zustand, daß Deutschland seinen Antrag, den es eines Tages doch stellen werde, fortwährend liegen lasse mit dem ängstlichen Bedenken, ob er auch angenommen werde und ob auch dieses oder jenes Kabinett ihn günstig aufnehmen und den derzeitigen Augenblick angenehm empfinden werde. Das sei keine starke, würdige und selbstvertrauende Politik. Genosse Löbe fährt nach Erledigung einiger Einwendungen der vorkparteilichen „Zeit“ fort: „Wir können schon lange die anderen vor die Frage stellen: „Habt ihr den Mut, uns auszusprechen?“ Wir müssen soviel Vertrauen zu dem Einfluß, zu der Bedeutung, zu der Kraft unserer Nation haben, daß uns der Ratssitz nicht dauernd vorenthalten werden kann, auch wenn er uns nicht vorher ausdrücklich zugesichert ist.“

Völkische Selbstkritik.

Wenn man einmal nüchtern untersucht.

In Augenblicken der Selbstkritik befüllt die Führer der völkischen Bewegung immer wieder ein Einsehen über die Zerfahrenheit und Ziellosigkeit in den eigenen Reihen. Besonders nach der Novemberkomödie mußte man offen eingestehen, daß die großspürigen Forderungen der Völkischen in einem grotesken Verhältnis zu der inneren Kraft der Bewegung stehen. Seitdem ist der Zweifel an der eigenen Leistungsfähigkeit nicht mehr verstummt. Max Maurenbrecher schrieb in der Neujahrsnummer der „Deutschen Zeitung“ einen Artikel, in dem er seine Verweigerung über den deutschvölkischen Raddelmudel deutlich zum Ausdruck brachte, ähnliche Töne kann man neuerdings in den Zentralorganen der Nationalsozialistischen Freiheitspartei finden. Alle diese kritischen Betrachtungen enden mit dem Ausruf: „Seid einzig, einzig, einzig! ohne einen tieferen Widerhall in der Bewegung zu finden.“ Die Allduischer, die Nationalsozialisten, die Völkischen Verbände, die Stahlhelm, Werwolf und wie sie alle heißen mögen, halten eiferfüchtig an ihren Eigenbrödeln fest, jede Organisation glaubt

sich berufen, der Beizhimmel der völkischen Herde zu sein, nirgendwo ist die persönliche Fehde und das Gegenüberarbeiten größer als in der völkischen Bewegung. So ist es immer gewesen, und so ist es heute noch. Daß bei dieser Einstellung nichts Gutes für das Staatsganze herauskommen kann, liegt auf der Hand und wird jetzt von ehemaligen Staatsminister v. Possehl, einem Vertreter der völkischen Bewegung, bestätigt. Er übt im „Deutschen Spiegel“ eine scharfe, aber nur zu berechtigte Kritik an dem völkischen Durcheinander und sagt u. a.:

„Daneben muß man aber auch ein Scheitern der nationalen Bewegungen der letzten fünf Jahre feststellen, wenn man einmal nüchtern unterucht, was von den zahlreichen rechtsstehenden Organisationen, Verbänden und Parteien, die in verschiedenem Maße Gegner des Staates von Weimar sind, für den nationalen Wiederaufbau Deutschlands geleistet ist.“

Dieser Kritik ist ebensovienig hinzuzufügen wie seiner Feststellung:

„Deutschland ist eben im Gegensatz zu allen anderen europäischen Staaten noch kein Gemeinwesen mit fester Front nach innen und außen. Es ist noch im allerersten Anfange der Wiederaufrichtung einer staatlichen Gemeinschaft steckengeblieben.“

Wenn Herr v. Possehl seine Gedankengänge logisch weiterführte, müßte er anerkennen, daß die republikanische Weimarer Verfassung ein wichtiger Schritt vorwärts auf dem Wege zu einer staatlichen Gemeinschaft bedeutet. Das Deutsche Reich ist im Mittelalter am dem Egoismus des Landesherrenlichen Partikularismus auseinandergefallen. Die Bismarcksche Verfassung brachte es lediglich zu einer Staatengemeinschaft, die Weimarer Verfassung brachte zum erstenmal den Gedanken jener staatlichen Gemeinschaft zur Geltung, wie ihn Herr v. Possehl so warm verteidigt. Wer also in der staatlichen Gemeinschaft die Zukunft des Deutschen Reiches sieht, muß sich zu der Weimarer Verfassung bekennen. Er muß zu dem Schluß kommen, daß das Heil nicht bei dem unruhigen, in ewiger Fehde liegenden Raddelmudel der schwarzweißroten Verbände liegt, sondern im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Der Jude aus der Tschechei.

Deutschnationale Methoden.

Kautskys Artikel in der gestrigen Abendausgabe des „Vorwärts“ war wohl eines der wirkungsvollsten Plädoyers gegen die Legende von der deutschen Kleinmoral am Kriege, die je gehalten worden sind. Hält man diesen Artikel neben die Leistungen der deutschnationalen Presse, so sieht man geradezu an Beispiel und Gegenbeispiel, wie es gemacht werden muß und wie es nicht gemacht werden darf.

Die deutschnationale Presse findet aber gerade diesen Anlaß recht, um über Kautsky mit wässrigen Schimpfereien herzufallen. Die „Deutsche Zeitung“ nennt ihn „einen bösenartigen Juden aus der Tschechei“. Obwohl Kautsky, was ja an sich keine Schande wäre, kein Jude ist. Aber in den Kreisen Max Maurenbrechers ist ja jeder gleich erklagt, wenn man ihn einen Juden nennt, damit lassen sich bequem die Argumente erledigen, die man nicht hat.

Die „Deutsche Tageszeitung“ nennt Kautsky „den Verfasser jener unter größtem Vertrauensbruch veröffentlichten Tendenzschrift über die Kriegsschuldfrage, der er in gewinnfuchtiger Absicht die weitestete Verbreitung im Auslande zu sichern mußte“. Jedes Wort ist eine Lüge, denn Kautskys Schrift war keine Tendenzschrift, sie wurde nicht unter Vertrauensbruch veröffentlicht, und was den Vorwurf der „gewinnfuchtigen Absicht“ betrifft, so wirkt er auf jeden, der Kautsky kennt, geradezu humoristisch. Aber das macht nichts, auch hier muß die moralische Herabwürdigung des Gegners den Rang an guten Gründen erleben.

Sähen in den Redaktionen der deutschnationalen Presse gebildete Menschen, so würden sie wissen, daß Kautsky zu den Gegnern gehört, die mit persönlicher Achtung zu behandeln sind. Und hätten diese Leute wirkliches Nationalgefühl, so würden sie mit ihren Schimpfereien über diesen Mann nicht gerade in dem Augenblick herfallen, in dem er der Sache Deutschlands einen großen Dienst erwies. Sie werden aber nie begreifen, daß sie durch solche Leistungen nichts anderes beweisen als ihren eigenen moralischen Tiefstand und erbärmlichen Stumpfheit.

Hunger.

Von einem Hungerleider.

Land droht eine Misere. Rußland droht eine neue Hungersnot. So geht der Schrecken durch die Welt.

Im Jahre 1891 war eine große Hungersnot in Rußland. Ueber das Furchtbare und Schreckliche dieser Hungersnot schrieb damals Tolstoi mehrere Aufsätze, die auch deutsch, von Hauff übersetzt, erschienen sind. Wir lesen sie und waren erschüttert. Aber im Grunde war es doch nur Sekunde.

Wenn wir indes heute vom Hunger hören, so sind wir mehr als erschüttert. Jetzt wissen wir Bescheid. Jetzt ist uns der Hunger in schrecklicher Bekantheit. Vom Kriege her.

Vor dem Kriege waren wir über den Hunger recht dürftig unterrichtet. Im Leben kannten ihn nur wenige, und die Literatur war über ihn mit Stillschweigen hinweggegangen. Der Dichter, selbst der hungernde, fand der Hunger nicht interessant genug, um sich mit ihm zu befassen.

Rein, wir wußten nicht einmal, daß der Hunger ein spröder Gefelle ist, der nicht mit logischen Argumenten, noch weniger aber mit Stab- und Stangreimen beschwichtigt werden kann.

Erst in den Kriegsjahren erfuhr wir, was das eigentlich sei: Hunger. Damals erkannten wir die volle Bedeutung des biblischen Spruches: Du wirst essen, ohne satt zu werden.

Im Talmud, Taktat Rebarim, Seite 32, finde ich eine wunderbare sinnige Erklärung des Wortes Hunger.

Die Rabinnen fragen: Was wäre wohl unter „Hunger“ zu verstehen?

Die einen sagen: Mangel an allem.

Darauf fragte die Rabinnen: Was heißt man denn Mangel allem?

Rabbi Amal sagt im Namen des Ravi: Mangel an Dicht.

Rabbi Schecheth sagt: Mangel an Arbeit.

Die anderen sagen: Mangel an Feit.

Rabman aber sagt: Mangel an Verstand.

Die Hungersnot ist eine Elementar Katastrophe. Zuweilen aber kommt der Hunger in die Welt — aus Mangel an Verstand.

Derüber können uns die Älter nicht mehr belehren. Das wissen wir jetzt besser als die Rabinnen, die das Wort vom „allerlei Mangel“ nicht verstanden und erst kollektiv dessen Bedeutung zu erforschen mußten.

Wir wissen jetzt, wie herrlich schon es in der Welt aussieht, wenn ihr Getriebe zusammengehalten wird durch Hunger und durch Liebe.

Es gibt zweierlei Hunger.

Es gibt den Hunger als Mangel an allem und den Hunger nach Liebe.

Dener Hunger, den wir hatten, ist ein Fluch; dieser könnte ein Segen sein, wenn wir ihn hätten.

Indes — vielleicht hungert die Welt nach Liebe nicht, weil noch allenthalben Mangel an Verstand herrscht. ...

O weiser Rabbi Rabman!

Das Schloßparktheater Steglitz unter neuer Leitung

Otto Kirchner, der verdienstvolle frühere Leiter der Volkshäuschen Nordens, hat den nur durch seinen Idealismus erklärlichen Mut gehabt, das Schloßparktheater Steglitz zu übernehmen, das sich durch seine früheren Direktoren um jeden Rest von künstlerischem Ansehen gebracht hatte. Dem jungen Direktor wäre zu wünschen, daß er dem hübschen kleinen Theater den künstlerischen Ruf zurückerobern möge, den es in seinen ersten Zeiten gehabt hat. Leider hat er seine Tätigkeit mit einer Konzeption an die gut bürgerlich-notionalistischen Steglitzer begonnen, indem er Heinrich v. Kleists „Prinz Friedrich von Homburg“ als Eröffnungsvorstellung wählte. Dieses „vaterländische“ Schauspiel, das der unglückliche Dichter ein Jahr vor seinem freiwilligen Tode vollendete, bietet ein Schulbeispiel für die Verbilligung künstlerischen Geschmacks, die jahrzehntelang eingetropfter Patriotismus bewirken kann. Der einzige Vorzug des Dramas ist der in ihm blühende, rührende kindliche Glaube an den monarchischen Gedanken. Im übrigen sieht man wirre Charakteristik, unsicheres Suchen nach dramatischen Höhepunkten und lokalische Bestimmung der handelnden Personen, die uns Jüngeren unerträgliche Dual bereitet. Die Regie Otto Kirchners unterstrich das Ueberliche des Schauspiels, indem es ein Pathos hineinbrachte, das ebenfalls unerträglich war. Die Vorstellung war mit aller Sorgfalt einstudiert, aber über diese Art Schauspielkunst sind wir Gott sei Dank hinaus. Wir wollen auf der Bühne nicht Theaterfiguren mit großen Gefühlen und gurgelnden Schreien sehen, sondern lebensfrische Menschen. Leopold v. Ledebur verkörperte im Großen Kurfürsten eine Gestalt, die uns menschlich nahe kam. Alles übrige war Theater und leider Provinztheater, besonders der Prinz von Homburg des Otto Braml.

„Die Reise nach Amerika“, ein Volksstück mit Musik von Adolf Philipp, brachte das Neue Theater am Zoo heraus. Der Verfasser hatte belamlich vor Jahren mit seinem Ausstattungstück „Ueber'n großen Teich“ einen bedeutenden Erfolg, und diese Erinnerungen gingen ihm offenbar nicht aus dem Kopf. So wurde das gleiche Sujet, das die Deutschamerikaner zum Mittelpunkt hat, noch einmal verwertet. Der Text bringt eine freundliche Verbilligung der schnellen Amerikanisierung der Deutschen, die stark ausgeprägte Heimatssehnsucht des Bauern, um zum Schluß mit der Weisheit aufzumachen, daß man alte Bäume nicht verpflanzen darf und die Mahnung anzubringen: „Weils im Lande und nährst dich redlich.“ Ein annehmbarer Schloßer „Sie hat so etwas“ leidet darunter, zu oft wiederholt zu werden. Der zweite Akt zeichnete sich

durch ein hübsches Schlußbild aus. Das Publikum nahm die kleine Nebenbühlichkeit mit Begeisterung und Jubel auf, es galt Adolf Philipp, in der Rolle des Serenias Kaschawengel, nach 18jähriger Abwesenheit wieder in Berlin zu begrüßen. e. b.

Die Prüfung des Titus-Clovis-Fundes. Der italienische Unterrichtsminister hat den Präsidenten von Neapel beauftragt, mit Unterstützung des Bibliographieverwalters die gesetzlichen Vorschriften über den Schutz der Manuskripte und Kunstwerke anzuwenden. Professor de Martino ist die Verpflichtung mitgeteilt worden, alle Einzelheiten über Ort und Zeit dieses Clovis-Fundes der Regierung mitzuteilen, damit die zuständigen Behörden die gefälligst vorgeschriebene Prüfung der Echtheit vornehmen können. Der Unterrichtsminister besprach sich zu diesem Zweck mit dem Senator Cochia von der Universität Neapel und ernannte ihn zum Präsidenten einer Kommission, der Professor de Martino als Sekretär angehören wird, und die den Auftrag hat, die ersten sorgfälligen Erhebungen über die Echtheit des Fundes anzustellen. Professor Cochia hat erklärt, daß die Kodex in den Staatsarchiven von Neapel aufgefunden worden seien. Es besteht damit kein Zweifel über die Besitzrechte des Staates und kein Vorrecht der Veröffentlichung.

Die Photographie des Krebses im lebenden Körper. Nach einem Bericht der „Anschau“ soll es der Herr Dr. A. Kowareff und U. Beryl gelungen sein, Krebsgeschwülste im lebenden Körper zu photographieren. Sie entnehmen zu diesem Zweck dem Körper eine kleine Blutmenge und gewinnen aus dieser das Serum. Diefem wird eine geringe Dosis Radiumemanation beigegeben und dann der Stoff dem Körper wieder einverleibt. Die Emanation häuft sich innerhalb des Körpers vor allem da an, wo sich rasch wachsende Gewebe finden. Da bösartige Geschwülste, wie der Krebs, sehr rasch wachsen, so sind sie Anfallungsorte für die Emanation. Photographische Aufnahmen, die einige Zeit nach der Injektion gemacht werden, zeigen die Orte besonders starker Emanationshäufung und ermöglichen dadurch, die Lage krebsartiger Geschwülste im Körper zu bestimmen.

Ciebrmann-Handzeichnungen. Paul Cassirer erläßt am Sonntag, 14. September, vormittags 12 Uhr, seine diesjährigen Auktionen mit einer umfassenden Bekanntschaft von Ciebrmann-Handzeichnungen, die einen Ueberblick über das zeichnerische Schaffen des Künstlers in allen Perioden geben wird.

„Tod und Leben“. Anlässlich des 23. Weltfriedenskongresses veranstaltet die „Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit“ eine Kunstausstellung unter dem Motto: „Tod und Leben“. Künstler, deren Werke positiv oder negativ zum Thema und zum Pazifismus in Beziehung stehen, werden aufgefordert, sich an der Ausstellung zu beteiligen. Mitteilungen an Frau Anna Hamburger-Quibing, Berlin NW, Händelstr. 21.

Tagung „Jugend und Bühne“. Am 15. September beginnt in Frankfurt a. M. die vom Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht veranstaltete Tagung „Jugend und Bühne“. Der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat angeordnet, daß Lehrern und Schülern Urlaub zur Teilnahme zu bewilligen ist. Mitbringen werden noch von der Geschäftsstelle der Tagung, Frankfurt a. M. im Sachsenlager 1, entgegengenommen.

Gewerkschaftsbewegung

Die Moskauer Einheitsfront.

Aus Mannheim wird uns berichtet:

Der kommunistische Reichstagsabgeordnete KENZLER führte in einer kommunistischen Vertrauensmännerversammlung in Mannheim in einem Bericht über den 5. Weltkongress der KPD und über die Konferenz der KPD in Berlin (am 16. und 17. August) aus:

Der in der Versammlung anwesende Oberbezirksleiter der KPD habe auf der Tagung in Moskau und in Berlin gleich ihm den Eindruck erhalten, daß die gegenwärtig eingeschlagene Richtung „Ruth Fischer“ die einzig richtige sei und unter allen Umständen durchgeführt werden müsse. Auf der Berliner Konferenz sei man der Meinung gewesen, daß die KPD seit Oktober 1923 bis jetzt

durch falsche Taktik nur Niederlagen

erlitten habe. Die Erfolge seien gleich Null. Man müsse unter das jetzt Verlassene einen dicken Strich machen und mit erneuter Kraft und frischem Mut an die Verwirklichung der neugesetzten Ziele herantreten. Vor allem müsse nunmehr mit dem System der Bildung sogenannter Oppositionsorganisationen innerhalb der Gewerkschaften gebrochen werden. Man habe in Berlin eingeschrieben, daß diese Art Opposition nicht zum Ziele führen werde. Man müsse dazu übergehen, alle die bisher wahren gegündeten Oppositionsorganisationen zu liquidieren und die Mitglieder voll und ganz dem allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund wieder zuzuführen. Dies müsse entweder im Wege der Verhandlung geschehen, oder aber in irgendeiner Form erzwungen werden. Durch den „ungeheuren Verrat“, den der ADGB an der gesamten Arbeiterklasse begangen habe, sei man seitens der KPD zur Opposition „gezwungen“ worden. Das hätte zur Folge gehabt, daß die Gesamtmitgliedszahl des ADGB um 3 Millionen zurückgegangen sei (?). Die Hoffnungen der KPD, dadurch zum Ziele zu gelangen, hätte sich nicht erfüllt, denn die Opposition in den Gewerkschaften habe eine berartige Zerspaltung herbeigeführt, daß auch in Hinblick auf die allgemeine Partei- und Gewerkschaftsmündigkeit nichts erreicht werden konnte. Trotz des ungeheuren Mitgliederverlustes sei infolge dieser Zerspaltung der ADGB noch in der Lage gewesen, den übrigen 6 Millionen, teils unorganisierten, andernteils der Opposition angehörenden Arbeitern das Lebensniveau genau so vorzuschreiben, wie den im ADGB Organisierten.

Runmehr müsse alles wieder in die Organisation des ADGB hinein. Diese Eintritte müssen als Mittel zum Zweck dienen, damit man zum Ziel gelange.

Der ADGB müsse auf diese Weise unbedingter KPD gefügig gemacht werden.

Sei man erst soweit, dann müsse durch Kleinarbeit verhandelt werden, weiter vorwärts zu kommen. Vor allem müsse in den Betrieben den SPD-Genossen das Leben so sauer wie nur möglich gemacht werden. Man müsse jedes kleine Vergehen aufbauschen und die SPD-Genossen in Mißkredit bringen. Man müsse versuchen, auf diese Weise von den führenden SPD-Genossen der Gewerkschaften und der Partei Konzeptionen zu erlangen. Wenn dann alles im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund vereint sei, dann müßten bei nahe täglich Betriebs- und Bezirksversammlungen stattfinden. In diesen müsse man mit Mitglieder Mehrheit derartige Resolutionen zustande bringen, daß dadurch ein Eingriff der SPD-Führer des ADGB unmöglich gemacht werde. Sei die Sache soweit gegeben, dann müsse man dazu übergehen, in sämtlichen größeren Betrieben Betriebszeitungen herauszugeben. Diese Arbeit müsse von den kommunistischen Betriebsräten und Betriebszellenführern organisiert werden. Auf diese Art müsse man die Betriebszellen derart ausbauen, daß diese

ein unüberwindliches Volkwerk der KPD.

bildeten. Dieses Programm müsse unter Zustimmung aller nur erdenklichen Mittel verwirklicht werden. Im Herbst dieses Jahres würden schwere Kämpfe zur Erlangung der Diktatur des Proletariats einsetzen. Bis dahin müsse die Masse derart reif sein, daß eine nochmalige Niederlage ausgeschlossen sei.

In der Diskussion gab Paul Schulz-Frankfurt bekannt, daß man in Moskau mit dem Programm „Ruth Fischer“ voll einverstanden sei. Er bestätigte die Ausführungen KENZLERS in vollem Umfang. Er sei aber der Meinung, daß neben dem Industrieverband der Chemie, dem Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter, dem freien Eisenbahnerverband auch die Union der Hand- und Kopfarbeiter, sowohl die Richtung Sellenfischen wie Bochum, sofort mit in den ADGB herübergezogen werden müßten.

Soweit der Bericht, der im großen und ganzen nur bestätigt, was bereits allgemein bekannt ist. Bemerkenswert sind jedoch die Geständnisse des kommunistischen Reichstagsabgeordneten vor den kommunistischen Vertrauensmännern. In ihrer öffentlichen Kundgebung liebte es die KPD, so hinzustellen, als seien die Gewerkschaften und die SPD bereits „vernichtet“. Die KPD elite „von Sieg zu Sieg“. Wie es mit diesen Siegen und unserer Vernichtung in Wirklichkeit bestellt ist, erzählt der kommunistische Reichstagsabgeordnete. Er entfällt auch im vertrauten Kreise, was Moskau mit der „neuen“ Taktik bezwecke. Man will sich die Gewerkschaften gefügig machen. Sie sollen Stoßtruppen für kommunistische Zwecke werden. Auch das ist freilich nicht neu. Es ist aber immer gut, diese kommunistischen Pläne bekannt zu geben.

Kommunistische Palastrevolution.

Das Kartell der kommunistischen Verbände hielt gestern abend in den Sophien-Sälen eine gemeinsame Mitgliederversammlung ab. Der aus der kommunistischen Partei ausgeschlossene Exaltadorordnete Schumacher referierte über die Aufgaben der Verbände. Schumacher wies nach, daß die kommunistischen Sonderorganisationen nur in Ausführung der Beschlüsse gehandelt hätten. Er betonte weiter mit besonderem Nachdruck, daß die Verbände entgegen den jetzigen Moskauer Weisungen weiter bestehen und unorganisiert in ihre Reihen aufzunehmen sich bemühen würden. Es könne nicht umgehen, daß von der kommunistischen Zentralkommission jetzt zum Eintritt in die freien Gewerkschaften aufgefordert werde. Ohne zwingenden Grund dürfe die Selbständigkeit der Verbände nicht ausgegeben werden. Darum sei der erfolgreiche Ausschluß von Mitgliedern aus der KPD unrechtmäßig.

Zu lebhaften Auseinandersetzungen kam es in der Diskussion mit Leuten der Union der Hand- und Kopfarbeiter. Für diese sind selbst die Schumacher und Genossen nicht „radikal“ genug. An eine Auflösung ihrer Sonderorganisation denken sie ebensowenig wie die Schumacher und Genossen.

Schließlich wurden fast einstimmig zwei Entschlüsse angenommen, die die Ausschüsse der Schumacher und Genossen für rechtsungültig und die Aufrechterhaltung der Sonderorganisationen als notwendig erklärten. Bemerkenswert ist, daß in dieser immerhin gut besuchten Versammlung kein Vertreter der KPD das Wort zu nehmen wagte. Offenbar fehlte es den anwesenden Vertretern der KPD an dem nötigen Mut. Zu ernten war nichts.

Wenn man auch die Spaltung verdammen muß, es ist nicht zu leugnen, daß die Schumacher und Genossen die Logik für sich haben. Auf Anordnung und mit Zustimmung von Moskau haben sie die Spaltung vollzogen. Nun werden sie plötzlich zurückgepfiffen wie die Hunde. Sie wollen aber keine Hunde sein. Diese Erkenntnis kommt ihnen reichlich spät. Jetzt rebellieren sie gegen die Diktatur von Moskau, die sie bisher verherrlicht haben.

Der Verband der Bäcker und Konditoren.

Am 14. September beginnt in Bernierode der 16. Verbandstag des Zentralverbandes der Bäcker und Konditoren, der bereits im vorigen Jahre abgehalten werden sollte. Der katastrophale Zusammenbruch des Wirtschaftslebens und der Geldwährung übte auch auf diese Arbeiterorganisation ihren verheerenden Einfluß aus. Seit der Behebung des Ruhegebietes liegen die meisten Betriebe in der Süß- und Teigwarenindustrie still oder, wo gearbeitet wird, erfolgte eine bedeutende Einschränkung der Beschäftigung. Die Arbeitslosigkeit in dieser Industrie ist außerordentlich groß. Viele der neu gemauerten Mitglieder in der Zeit der künstlichen Hochkonjunktur wurden aus der Industrie verdrängt und gingen der gewerkschaftlichen Organisation verloren.

Den höchsten Mitgliederstand erreichte der Verband im Jahre 1922 mit fast 90 000, gegenwärtig zählt er rund 55 000 Mitglieder. Die Kassenverhältnisse wurden durch die Inflation und die dritte Steuerreformordnung stark beeinträchtigt. Der Kassenbestand von über 4 Millionen Goldmark (schon) auf wenige tausend Mark zusammen. Erst nach der Stabilisierung der Währung konnten die Finanzen durch die Umstellung der Beitragsleistungen einigermaßen in Ordnung gebracht werden. Am 30. Juni 1924 schloß die Organisation mit einem Bestand von 155 000 M. ab. Ungefähr 100 000 Mark wurden in diesem Jahre bei Streiks und Lohnlämpfen an Unterstärkungen für die Mitglieder ausgezahlt.

Die Lohn- und Arbeitsbedingungen sind für die Arbeitnehmer in der Schokoladen-, Zuckergewaren-, Teigwaren- und Kekindustrie reichlich rückwärts gekommen. Durch die im Juni vereinbarten neuen Vertragsbestimmungen ist der Arbeitsstand entgegengesetzt, das Lohnverhältnis mit Ortszuschlägen neu geregelt, Ferien und Bezahlung des Lohnes bei Krankheit durchgehend und auch die Lehrlinge in das Vertragsverhältnis einbezogen. Für die Beschäftigten in den Bäckereien und Konditoreien bestehen örtliche Verträge mit den Unternehmerorganisationen in allen namhaften Städten.

Im Laufe der vergangenen Geschäftsperiode hatte auch die Organisation der Mehl- und Zucker verarbeitenden Industrie ihre ganze Kraft zur Abwehr der reaktionären Anschläge des Unternehmertums einzusetzen. Es ist allgemein gelungen, die Vorläufe der Reaktion abzuwehren und das gesetzliche Verbot der Nacht- und Sonntagarbeit in den Bäckereien und Konditoreien aufrechtzuerhalten.

Der Verbandstag wird sich noch den vorliegenden Anträgen mit der Wiedereinführung der Erwerbslosenunterstützung, die seit dem Zusammenbruch der Inflationswährung suspendiert wurde, beschäftigen.

Es liegen weiter aus mehreren Jahrestellen Anträge vor zur Errichtung eines Verbandes aller in der Lebensmittel- und Genussmittelindustrie Beschäftigten. In dieser Frage ist, obwohl der vorgegebene Verband eine Kommission einsetzte zur Förderung der Arbeiten für die Errichtung einer Industrieorganisation, das Ziel nicht erreicht worden. Ob diese Tagung unter vollständig veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen derart die Fusion mit anderen Organisationen beschließen wird, darüber gehen die Meinungen auseinander.

Die Tagung in Bernierode wird in der Hauptsache geschäftsmäßig sein. Nach der Zusammenkunft der Delegationen wird sie Anschläge und Pläne zurückweisen, die den Vormarsch der Organisation hemmen.

Organisationsfragen der Schuhmacher.

In einer Mitgliederversammlung der Ortsverwaltung Berlin des Zentralverbandes der Schuhmacher kam nach einem Bericht von der Bezirkskonferenz das Verhalten des Zentralverbandes zu der Neuwahl des Bezirksleiters zur Sprache. Wie in dem Bericht betont wurde, hatte die Bezirkskonferenz den langjährigen Bezirksleiter, Genossen Hammer nicht wiedergewählt, sondern an seine Stelle Brüning-Strahlberg gewählt, der vom Vorstand nicht bestätigt wurde. Obwohl sich der Verbandsausschuß auf die Seite der beschwerdeführenden Delegierten der Bezirkskonferenz stellte, entschied der Vorstand, daß die Wahl Brüning aus parteipolitischen Gesichtspunkten heraus erfolgt sei, da gegen die Amtsführung von H. Leinert Einwendungen erhoben worden seien. In

der Versammlung wurde von einem Redner hervorgehoben, daß B. zudem auch erst vor vier Jahren zum Schuhmacherverband übergetreten sei und er sich infolgedessen für den Posten nicht so eignen könne, wie Hammer, der über eine große Erfahrung verfüge. Alle anderen Redner verurteilten das Verhalten des Zentralverbandes auf das Entschiedenste. — Bei der Wahl der Mitglieder der Bezirksleitung wurden vier Kommunisten gewählt. Die von der Richtung der Amsterdamer Gewerkschaftsgruppen vorgeschlagenen erhielten nicht die notwendige Stimmenzahl.

Runmehr gab Hoelk den Bericht vom Verbandstag in Leipzig. Erwähnenswert ist daraus, daß ab Januar nächsten Jahres wieder eine Erwerbslosenunterstützung eingeführt wird, die bei Krankheit und Arbeitslosigkeit in gleicher Höhe gezahlt wird. Die Streit- und Wohlfühlungsunterstützung ist etwas gekürzt worden; die neuen Bestimmungen darüber treten am 1. Oktober in Kraft.

Buchdrucker-Empfang beim Hamburger Senat.

Im Festsaal des Hamburger Rathauses wurden am Mittwoch nachmittag die Teilnehmer des Internationalen Buchdruckerkongresses vom Senat empfangen. Bürgermeister Stöten hielt eine Begrüßungsansprache, in der er die Buchdrucker zu ihrem erfolgreichen Wirken für die Hebung der Kultur des Arbeiterstandes in allen Ländern beglückwünschte. Der Vorsitzende der Sekretariatskommission Schlumpf (Schweiz) dankte für den Empfang und sprach die Hoffnung aus, daß es der Arbeiterbewegung gelingen möge, die Völker vor neuen Kriegen zu bewahren. Die Aufnahme, die der Buchdruckerkongress in Hamburg gefunden habe, zeige den Fortschritt, den die Beurteilung der Gewerkschaften bei den Behörden erfahren hat. Er erwähnte, daß 17 Nationen auf dem Kongress vertreten sind. In den Empfang schloß sich eine Bewirtung der Gäste und ein Rundgang durch die Räume des Rathauses an. Die ausländischen Delegierten sprachen sich sehr anerkennend über diesen Empfang aus.

Gegen Revierrämien.

Redlingshausen, 10. September. (Eigener Drahtbericht.) Zwischen dem Betriebsrat der fiskalischen Gruben im Ruhrrevier und der Verwaltung sind in den letzten Wochen erhebliche Meinungsverschiedenheiten entstanden, weil die Verwaltung Einzelprämien für die technischen Angestellten, sogenannte Revierrämien, einführen gedenkt. Die Arbeiter lehnen diese Einzelprämien mit der Begründung ab, daß eine gerechte Festsetzung unter der schwierigen Bergbauverhältnisse nicht möglich ist, weshalb eine unterschiedliche Bezahlung entstehen würde. Hierdurch würden Differenzen zwischen Verwaltung und einzelnen Angestellten, unter den Angestellten selbst und zwischen Arbeitern und Verwaltung ausgelöst; sie müßten im Interesse eines geregelten Betriebes liegen. Durch Verhandlungen der technischen Angestellten und Beamten mit den zuständigen Stellen soll eine Aufhebung der Revierrämien erstritt werden. Wahrscheinlich wird die Verwaltung der fiskalischen Gruben eine Gesamtprämie einführen, die nach einem Schlüssel zur Verteilung gelangt.

Konfliktbeilegung in der thüringischen Textilindustrie.

Greiz, 11. September. (M.B.) Die drohende Gefahr einer Gesamtaussperrung in den Betrieben der thüringischen Textilindustrie ist durch Verhandlungen vor einem Sondertribunal beseitigt worden. Dem Stuhlmeistern wurde der Wochenlohn erhöht und den Arbeitern der Stundenlohn von 42 auf 44 Pf. Gültig in beiden Fällen bis 31. Dezember 1924. (Bis dahin ist auch das Arbeitszeitabkommen verlängert worden. Die aussperrungswürdigen Textilindustriellen haben also angehts des entschlossenen Widerstandes der Arbeiterschaft nachgeben müssen.)

Der Haushalt des internationalen Arbeitsamtes.

Genf, 11. September. Der vierte Ausschuß (Haushaltungs- und Finanzfragen) beriet heute nachmittag den Vorschlag des Internationalen Arbeitsamtes, der für das Jahr 1925 Ausgaben in Höhe von 7 110 795 Franc vorsieht. Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes Thomas gab eine längere Uebersicht über die Tätigkeit und die wachsenden Aufgaben des Internationalen Arbeitsamtes. Er leitete mit, daß die Zahl der Ratifikationen der unter dem Regime des Arbeitsamtes zustande gekommenen Konventionen seit 1923 von 90 auf 136 gestiegen ist. Er sprach in diesem Zusammenhang den Wunsch aus, daß Frankreich, das noch keine einzige Ratifikation dem Arbeitsamte mitgeteilt hat, bald eine größere Anzahl von Paketen gleichzeitig ratifizieren werde. Ein Antrag Kanadas auf Herabsetzung seiner Beiträge wurde einer Unterkommission überwiesen.

Der Wiener Metallarbeiterstreik.

Wien, 11. September. (M.B.) Bürgermeister Seif hat heute zwischen dem Hauptverband der Industrie und dem Metallarbeiterverband eine Vermittlungsaktion eingeleitet.

Sport.

Deutschland gegen Ausland

Benannt die Direktion der Olympia-Radrennbahn den am Sonntag, den 14. d. Mts. stattfindenden Rennen. Drei der besten deutschen Dauerfahrer treffen auf drei erstklassige Ausländer in einem 20, 30 und 50 km-Dauerrennen hinter großen Schrittmachermotoren. Deutschlands Farben vertreten der Radler der Olympia-Radrennbahn Walter Swallow und die Berliner Carl Wittig und Franz Krutal. Das Ausland entsendet den Belgier Leon Vandervorst, den Holländer Piet Dickmann und den Franzosen Guignard. Hierdurch kommt endlich einmal etwas Abwechslung in die Befragung der letzten Dauerrennen hinein. Von den Ausländern interessiert am meisten der Start des Belgiers Vandervorst, nachdem, wie ja bekannt ist, zweimal die Teilnahme desselben im Dauerrennen in Berlin verhindert wurde. Mit dem allen Weltmeister Piet Dickmann und dem Stunden-Belreider Guignard kommen zwei alte Bekannte am Start. Die drei Ausländer werden gegen ihre deutschen Kollegen einen schweren Stand haben und sich mächtig ins Zeug legen müssen, um auf abzuwehren. Scharfe Kämpfe sind also mit Sicherheit zu erwarten. Eine besondere Note erhalten die Rennen dadurch, daß 6 Dauerfahrer am Start erscheinen. Die einwandfreie Olympia-Radrennbahn gewährt auf die 6 Teilnehmer einen regulären Verlauf der Rennen. Mehrere Fliegerrennen dienen zur Veranschaulichung des Programms. Die Rennen beginnen um 3 Uhr.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Erwin Salerno; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Fremden: H. D. Fischer; Soziale und Sonstiges: Fritz Kahlert; Anzeigen: H. Gluck; sämtlich in Berlin. Berlin: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2.

Unserem alten Kampfgenossen
Georg Grubert
und seiner Frau, Elzener Str. 2a,
zur heiligen Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche und besten Wünsche für weiteres Wohlergehen und
jetzter Issue Kameradschaft.
1. 901. (Gesamtwirtschaft).

HOLZHAUSER
von 500 Mk. an.
Schuppen, Hallen, Garagen etc. liefert preiswert kundentreu
Holzbaubau Lüttmann
34, Lützowstraße 31/33
Berlin 1210/21

Ich verschenke
an meine Kunden in den Monaten August bis Dezember
Speise- u. Schlafzimmer, Küchen usw.
Diese Gegenstände sind bei der Firma **FECHNER & PREIDEL**,
Möbelfabrik, Neue Schönhauser Straße 2, ausgestellt.
Fernher kommen 50 Preise à 10,- Mark zur Verteilung.
Keine Einsendung irgendwelchen Betrages erforderlich. Kein
Preisausschlag. Bedingungen unveränderlich im Laden.

Trauringe
1 Ring 900 Dukaten gold von M. 5.00 an
1 Ring 585 gestemp. von . . . M. 4.00 an
1 Ring 333 gestemp. von . . . M. 2.50 an
H. Wiese, Juwelier
Berlin N., Artilleriestr. 30
Berlin W., Passauer Str. 12
Preisliste gratis
Beim Umtausch werden die bei mir gekauften Ringe innerhalb eines Jahres zum vollen Preis zurückgenommen.

Hosen-Anders
Bausstr. 25
Hochpreislos von 9-10 Uhr

Zähne 1 u. 2 G.-M. Teilzahlung
gestattet b. kl. Anzahl. u. wöchentl. Abzahlung von
1 G.-M. an. Echte Goldkrone v. 8 G.-M. an. Ersatz-
krone v. 3 G.-M. an. Zähne ohne Gummoplatt v.
3 G.-M. an. Zahn mit Metall. 1 G.-M. v. Besteilg.
von Gebissen gratis. Rat und Munduntersuchung gratis.
3 Jahre weitgehende Garantie. Ueber 20 000 Gebisse zur
vollsten Zufriedenheit geliefert.
Hafvani, Danziger Strasse 1, Ecke Schön-
hauer Allee.
Vorzöger 10%, Rabatt. 10%

Eisene Kochherde
für Kohle u. Gas
Transportable Kochherde - Eisene Ofen
R. Zechlin
Berlin C. 25, Alexanderpl. 49

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Achtung! Verwaltungsmittglieder!
Die Sitzung der mittleren Ortsverwaltung findet am Freitag, den 12. September nicht statt.
Die Ortsverwaltung.

Landwirtschaftl. Hochschule in Berlin
Beginn der Aufnahme für das Wintersemester 1924/25 am 15. Oktober 1924, der Vorlesungen am 3. November. Einschreibung durch die Registratur.

Hosen
jeder Art kaufen Sie am besten und billigsten in d. Münchener-Gladbacher Hosen-Zentrale.
Herren- und Knaben-Anzüge, Hosensträger, Stutzen sehr preisw.
Münchener-Gladbacher Hosen-Zentrale
Rägener Str. 25 (nahe Gesandn.)
Blauer Laden - Fahrgeldvergütig

Ischias
le 22. 1923
und 1924, wenn
dies. festgelegt.
in 15 Tagen sind
schwere Fälle heilbar. Unentgeltliche Heilung,
Heilung und Lehren. Arzt. empfohlen.
Hindenburgstr. 104, 141-14, Sonntag 14-12, Aufg.